

Das Grundeinkommen als Globales Soziales Recht

Grundeinkommenskongress Basel, 7.10.2007 Schlussplenum

In der bundesweiten AG genug für alle bei attac Deutschland verstehen wir das bedingungslose Grundeinkommen als Teil eines umfassenderen Projekts Globaler Sozialer Rechte. Es geht uns nicht nur um eine armutspolitische Maßnahme – obwohl natürlich der Effekt, dass ein bge auch wirkungsvoll Armut beseitigt, höchst willkommen ist. Dabei geht es insbesondere um verdeckte Armut, die mit allen bedarfsgeprüften Konzepten festgeschrieben wird.

Globale Soziale Rechte, da muss jedes Wort je für sich betont werden und hat seine eigene Bedeutung.

Zum einen geht es um eine globale Sicht. Menschenrechte gelten universell und für alle. Da kann niemand außen vor gedacht werden, ohne die ganze Idee zu zerstören. Eine Beseitigung von Armut kann höchstens aus alltagspraktischen Gründen an einem Ort, in einem Land der Welt anfangen, bliebe sie dabei stehen, wäre das menschenrechtlich nicht zu rechtfertigen. Völlig unakzeptabel wäre es, Armut in einigen Teilen der Welt so zu bekämpfen, dass die Strukturen von Ausbeutung und Ungleichheit, wie sie weltweit das Wohlstandsgefälle prägen, festgeschrieben oder gar benutzt werden, damit es einigen auf Kosten von anderen gut geht. So wichtig diese auch sind, handelt es sich dabei keinesfalls ausschließlich um eine Frage der Menschenrechte. Auch ökonomisch gibt es zu einer globalen Sicht gar keine Alternative, da die Strukturen, die Armut hervorbringen, aus dem globalen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus resultieren und deshalb auch aus dieser Ebene angepackt und gelöst werden müssen.

Um soziale Fragen geht es in einem Sinne, den die deutsche Sprache ein wenig verstellt. Hier ist nicht von klassischer Sozialpolitik die Rede, sondern von Gesellschaftlichkeit schlechthin. Es geht nicht um bloße Interessen einer armen und unterprivilegierten Klientel, sondern darum, insgesamt eine Gesellschaft zu denken, die aus anderen Quellen entsteht als dem faktischen Zwang zur Erwerbsarbeit zwecks Erzielung eines Einkommens. Eine solche Gesellschaft aus freier Übereinstimmung der in ihr Lebenden muss alle gemeinsam mitdenken und auch jede und jeden einzelnen.

Und schließlich geht es um Rechte. Die Teilhabe an der Gesellschaft und ihrem Reichtum soll einklagbar sein, sicher und durchsetzbar.

In diesem Sinne hat attac sich an einem Projekt während der Mobilisierung zum vergangenen G8-Gipfel beteiligt, das fortgesetzt und ausgebaut wird. Wir haben gemeinsam mit der Grundsatzabteilung der IG Metall, Kein Mensch ist illegal, medico international und FIAN uns intensiv mit der Frage befasst, wie solche Globalen Sozialen Rechte denn aussehen könnten, was sie umfassen und wie sie durchgesetzt werden könnten. Das ist eine recht ungewöhnliche Zusammensetzung von Bündnispartnern und so war auch das Projekt: Wir haben mit gut 120 Leuten eine Tagesveranstaltung gemacht und das verlangte von allen Anwesenden, dass sie sich zwei Drittel der Zeit etwas anhören mussten, womit sie sich normalerweise nicht beschäftigen, nämlich die Bedürfnisse und Anliegen der jeweils Anderen. Das war nicht leicht und stellte alle vor widersprüchliche Fragen und Sichtweisen. Wäre eine bedingungslose Bargeldzahlung an alle in Ländern des Südens ein Einstieg in die Durchsetzung eines unbedingten Rechts auf Teilhabe oder ginge es dabei lediglich darum, das Existenzminimum zu sichern? Wie kann damit umgegangen werden, dass Belegschaften in allen Betrieben versuchen, ihre Standards (und ihre Standorte) zu verteidigen oder auszubauen, während MigrantInnen darauf angewiesen sind, genau diese zu unterlaufen, wenn sie überhaupt Erwerbsarbeit und Einkommen erzielen wollen? Das gilt ganz besonders,

wenn sie illegalisiert werden. Und nun ist auch och Greenpeace zu unserem Bündnis gestoßen und das Ganze wird noch komplizierter: Ist die Durchsetzung ökologischer Nachhaltigkeit tatsächlich so dringlich, dass dabei soziale Gerechtigkeit nicht immer gewahrt werden und stattdessen Lasten verteilt werden müssen?

Wenn wir wirklich ein Projekt von globaler und menschenrechtlicher Dimension entwickeln wollen, dann dürfen diese Fragen nicht zu schnell beantwortet und müssen die Widersprüche ausgehalten werden. Wir werden in den nächsten Monaten eine Veranstaltungsserie genau dazu machen und versuchen, diese Fragen in möglichst viele Städte zu tragen.